

Beschlüsse des 36. Landesparteitages

Freitag, 11. Mai 2012

„Rentenlücke schließen – Kindererziehungszeiten stärker anerkennen“

Die CDU Berlin spricht sich dafür aus, die Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente weiter zu verbessern. Die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder sollen auf drei Jahr erhöht werden. Bislang erhalten Mütter bzw. Väter für die Erziehung eines Kindes jeweils ein Jahr für die Rente angerechnet. Für die nach 1991 geborenen Kinder erhalten die Mütter bzw. Väter bereits jeweils drei Jahre Kindererziehungszeiten für ihre Rente anerkannt.



Erklärung der CDU Berlin zum Checkpoint Charlie

1. Die CDU Berlin begrüßt es, dass die Bundesregierung im Rahmen des Gedenkstättenkonzeptes zur Erinnerung an die zweite Diktatur in Deutschland und die deutsche Teilung ihr Engagement mit den von ihr finanzierten und teilfinanzierten Einrichtungen (u. a. Alliiertenmuseum, Deutsch-Russisches Museum, Tränenpalast, Gedenkstätte Hohenschönhausen, Gedenkstätte Bernauer Straße, Deutsches Historisches Museum) als nationale Aufgabe wahrnimmt.

Wir halten in diesem Zusammenhang ausdrücklich an dem zwischen Bund und Land konzipierten Gedenkstättenkonzept fest.

2. Der Checkpoint Charlie und das dort befindliche Mauermuseum müssen zentraler Bestandteil dieses Konzeptes werden.

Der Checkpoint Charlie hat eine große internationale Strahlkraft für Berlin. Er steht insbesondere für das Eintreten der Amerikaner für die Freiheit Berlins, Deutschlands und Europas. Nicht zuletzt wegen seiner historischen Bedeutung wirbt Berlin zurecht mit diesem Ort.

3. Die Stadt Berlin ist der Bedeutung des Checkpoint Charlie mit der Gestaltung dieses Ortes in den letzten Jahrzehnten nicht gerecht geworden. Die aktuelle Situation auf den Flächen mit einer Strandbar, Imbissbuden und rummelähnlichen Zuständen dokumentieren dies.
4. Die Berliner CDU bezweifelt, dass das von der Senatskulturverwaltung mit öffentlichen Geldern geförderte Museum des Kalten Krieges mit seiner „Einstiegsbox“ eine tragfähige und angemessene Lösung für den Checkpoint Charlie darstellt. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass an diesem Ort ein international anerkanntes und erfolgreiches privatfinanziertes Museum existiert.

5. Neue Ideen sind gefragt. Angesichts des heute trostlosen Zustandes dieses Ortes fordert die CDU Berlin einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Checkpoint Charlie unter Berücksichtigung der schwierigen Eigentumsverhältnisse. Hier wollen wir auch die Vorschläge der Berlinerinnen und Berliner einbeziehen, die unter der hierfür eingerichteten E-Mail-Adresse checkpointcharlie@cduberlin.de eingehen.

AlliiertenMuseum zu einem „Museum der Freiheit“ mit internationaler Strahlkraft am Standort Flughafen Tempelhof inhaltlich weiterentwickeln

Die CDU Berlin begrüßt das klare Bekenntnis der Bundesregierung, den Betrieb des Berliner AlliiertenMuseums auch zukünftig sicherzustellen. Die Pläne, seine Ausrichtung inhaltlich dahingehend zu ergänzen, dass nicht nur die Präsenz der West-Alliierten behandelt, sondern thematisch auch der Ost-West-Konflikt, der Kalte Krieg und die deutsche Frage dargestellt werden, unterstützen wir mit Nachdruck.

Wir sind der Überzeugung, dass das AlliiertenMuseum sich auf diese Weise zu einer Einrichtung mit internationaler Strahlkraft weiterentwickeln und darüber die Geschichte unserer geteilten Stadt noch besser als bisher dokumentiert und auch öffentlich wahrgenommen werden wird.

Die CDU Berlin unterstützt in diesem Zusammenhang die Initiative von Kulturstaatsminister Bernd Neumann, das AlliiertenMuseum an den Flughafen Tempelhof zu verlagern.

Der Flughafen Tempelhof ist mit seinem Luftbrückendenkmal ein prägnantes Symbol für den Freiheitswillen der Berlinerinnen und Berliner und dokumentiert zugleich die unbedingte Entschlossenheit der West-Alliierten, ihre Präsenz in West-Berlin während der sowjetischen Blockade nicht aufzugeben. Der Standort ist durch seine Nähe zum Check Point Charlie, dem Alliierten Kontrollratsgebäude in der Potsdamer Straße und vor allem zum Rathaus Schöneberg, vor dem John F. Kennedy seine berühmte „Ich bin ein Berliner-Rede“ zum 15. Jahrestag der Berliner Luftbrücke gehalten hat, in einen übergreifenden historischen Gesamtkontext räumlich eingebunden. Der Flughafen Tempelhof verbindet daher auf hervorragende Weise die inhaltliche Zielsetzung des Museums mit einem räumlichen Bezug. Nicht zuletzt gewährleistet die Nähe zur Mitte Berlins und die gute verkehrstechnische Erreichbarkeit des Standorts die wünschenswerte Öffentlichkeit für das AlliiertenMuseum.

Die Berliner CDU fordert den Senat daher auf:

- die Pläne der Bundesregierung zu einer inhaltlichen Weiterentwicklung des AlliiertenMuseums zu einem „Museum der Freiheit“ konstruktiv zu begleiten,
- als Mitträger des AlliiertenMuseums den Umzug an den Standort Flughafen Tempelhof zu unterstützen und alle offenen Fragen zügig zu klären,

- eine Perspektive für die kulturelle Nachnutzung des derzeitigen Standortes an der Clayallee in Dahlem, insbesondere für das denkmalgeschützte Outpost-Kino zu entwickeln, um die amerikanische Präsenz im Südwesten Berlins angemessen zu dokumentieren.
